



24.08.2012

Gemeinsame Presserklärung der Gemeinderatsfraktionen der Großen Kreisstadt Remseck am Neckar

Umweltzone: Regierungspräsidium sieht Vorteile für Remseck Ratsfraktionen verdeutlichen Emissions- und Verkehrsthematik

Remseck / Regierungsvizepräsident Dr. Christian Schneider ließ keinen Zweifel: alle eingebundenen Experten erwarten von der ab 2013 ausgeweiteten Umweltzone „Ludwigsburg und Umgebung“, Verbesserungen für das Stadtgebiet Remseck. „Wenn mehr Zufahrtsstraßen künftig eine ‚grüne Plakette‘ benötigen, wird auch Remseck davon profitieren“, zeigte sich Schneider im Gespräch mit Vertretern aller Fraktionen sowie Oberbürgermeister Schlumberger und Ordnungsamtsleiter Arndt Langner überzeugt. Auslöser des Gesprächs im Regierungspräsidium war eine gemeinsame Resolution aller Fraktionen des Remsecker Gemeinderates im Juli d.J., in dem die Fraktionen deutlich machten, dass sie negative Auswirkungen von der ab 2013 beabsichtigten ausgeweiteten Umweltzone auf die Stadt Remseck erwarteten. Gegenüber den ersten Überlegungen zur ausgeweiteten Umweltzone, die „Insellösungen“ vermeiden soll, wurde inzwischen der Wirkungsbereich zusätzlich auf Neckarweihingen und Poppenweiler ausgeweitet. Das bedeute, so der Regierungsvizepräsident, dass über die L 1100 aus Richtung Ludwigsburg keine Fahrzeuge ohne ‚grüne Plakette‘ auf Remsecker Markung fahren dürfen. Dass Remseck nicht in die Umweltzone einbezogen sei, könne insofern ein Vorteil sein, als die ansässigen Betriebe noch nicht gezwungen seien, ihren Fuhrpark umzurüsten.

Oberbürgermeister Schlumberger stellte klar, dass „in der Stadt Frust wegen der verkehrlichen Gesamtentwicklung herrsche“. Die Fraktionsvertreter Gustav Bohnert (FDP), Michael Hörr (FW), Steffen Kirsch (CDU), Heinz Layher (SPD) und Swantje Sperling (Bündnis 90/Grüne) brachten es in dem gut 90minütigen Gespräch im Regierungspräsidium auf den Punkt: „Bei uns wird nicht gemessen, sondern nur gezählt, Messungsvorstöße werden abschlägig beschieden – so ist die Akzeptanz von Maßnahmen schwierig. Remseck will belastbare Zahlen aus Feinstaub- und Stickstoffdioxidwertemessung“.

Irritationen bei den Remseckern löste auch aus, dass Kornwestheim, Tamm und Möglingen ohne belastbare Messergebnisse der künftigen erweiterten Umweltzone angehören sollen, um ‚Insellösungen‘ auszuschließen. Asperg und Bietigheim-Bissingen haben auf eigenen Kosten gemessen, um ihre Ansprüche zu unterstreichen. Frustriert zeigten sich die Fraktionsvertreter auch darüber, dass Remseck bei der Vorbereitung des Entwurfs zur erweiterten Umweltzone nicht gehört wurde. Hier musste das Regierungspräsidium Abbitte leisten, weil schlicht nicht bedacht wurde, dass Pattonville sowohl auf Kornwestheimer als auch auf Remsecker

Markung liege. Heute wisse man, dass Remseck unbedingt zu den Gesprächen hätte eingeladen werden müsse. Hier warte man bei der Anhörung die Stellungnahme Remsecks ab. Auch werde man künftig seine Vor-Informationspolitik über einzubindende Gesprächspartner überdenken.

Ob die seit 2012 geänderten Grenzwerte für Stickstoffdioxide (NO₂) inzwischen zu Grenzwertüberschreitungen in Remseck führen, dies soll zeitnah durch Passivsammler geprüft werden. Auch sagten die Vertreter des RPS zu, zu prüfen, dass Remseck so schnell als möglich abgebaute Messstellen von andernorts erhalten solle. Noch geklärt werden muss, ob Messwerte von Passivsammlern die gleiche Maßnahmenaktivität auslösen wie solche von Spotmessungen. Verlässliche Messwerte wurden von allen Gesprächsteilnehmern begrüßt, weil dann Entscheidungen rational nachvollzogen werden können.

Dass Remseck bereits heute unter hohen verkehrlichen Belastungen leidet, die durch Verkehrs- und Umweltregelungen um das Stadtgebiet herum mit ausgelöst wurden (Mautausweichverkehr, bisherige Umweltzone, LKW-Fahrverbote in Stuttgart) prangerten die Remsecker Vertreter deutlich an und verbanden damit die Erwartung, dass Remseck künftig bei Maßnahmen kein ‚Stiefkind‘ mehr sein werde. Regierungsvizepräsident Dr. Schneider sagte zu, dies in seinem Bericht an das Ministerium sowie den Regierungspräsidenten deutlich herauszustellen und erkannte auch die „psychologische Wirkung von Maßnahmen- und Informationspolitik“, wie er zusammenfassend sagte.

Für die Fraktionen

Gustav Bohnert
FDP

Steffen Kirsch
CDU

Michael Hörr
Freie Wähler

Swantje Sperling
Bündnis90/Grüne

Heinz Layher
SPD